

## ÜBERSICHT

## AUSSENPOLITIK

## BRD

**(1) Neuer Gesandter in Peking**

Der Leiter des Referats Süd- und Südostasien im Bonner Auswärtigen Amt, Gerd Berendonck, wird als Gesandter an die Botschaft der Bundesrepublik in Peking gehen. Er löst dort Mitte Mai 1975 den bisherigen Gesandten Dr. Heinrich Röhreke ab, der in den Ruhestand tritt (Frankfurter Rundschau, 13.3.75).

**(2) Berichterstattung über die Bundesrepublik: Antikapitalistische und antisowjetische Aspekte**

Der Tenor der Berichte über die BRD im März 1975 läßt die "Schlagseite" der chinesischen Berichterstattung besonders deutlich werden.

Einerseits heißt es, daß zahlreiche westdeutsche Firmen Konkurs anmeldeten ("Infolge der sich verschlechternden wirtschaftlichen Lage und der raschen Kapitalkonzentration ... haben 1974 7.725 Firmen Konkurs angemeldet; dies sind 49,4% mehr als im Jahre 1973", NCNA, 22.3.1975). Andererseits werden die "erhöhten Militärausgaben der Bundesrepublik" im Zusammenhang mit dem neuen Haushaltsplan für das Jahr 1975 positiv herausgestrichen: "Die unmittelbaren Militärausgaben belaufen sich in diesem Jahr auf etwa 31 Mrd. DM. Die oppositionelle CDU/CSU unterstrich und unterstreicht die Notwendigkeit, angesichts des Anwachsens des Militärpotentials der Sowjetunion in Europa wachsam zu bleiben ... Auch Verteidigungsminister Georg Leber hat Anfang dieses Jahres gesagt: 'Die militärischen Anstrengungen der Sowjetunion und des Warschauer Pakts rufen bei uns weiterhin ernste Besorgnis hervor'" (NCNA, 25./26.3.75).

## DDR

**(3) Pekings Botschafter protestiert gegen Ausführungen des DDR-Verteidigungsministers**

Der Botschafter der VR China in der DDR, P'eng Kuang-wei, verließ am 21. Februar in Ostberlin eine Feierstunde zum 57. Jahrestag der Gründung der Roten Armee in der Sowjetunion aus Protest gegen Ausführungen des Verteidigungsministers Heinz Kessler, der in seiner Festansprache die maoistische Ideologie kritisierte. Der Botschafter und sein Dolmetscher verließen wortlos die reservierte Loge in der Staatsoper (Times und Die Welt, 22.2.75).

## WESTEUROPA

**(4) Auf dem Wege zu offiziellen Beziehungen mit der EG?**

Sir Christopher Soames, der in der Brüsseler EG-Kommission für Außenbeziehungen zuständig ist, wird in der ersten Maihälfte auf Einladung der chinesischen Regierung nach Peking reisen. In Brüssel wird die Reise als wichtiger Schritt auf dem Wege zu einem geordneten Verhältnis zwischen der EG und den östlichen Staatshandelsländern gewertet (Die Welt, NZZ, 20.3.1975).

Möglicherweise ergreift auch Peking, das ja der EG als einem wichtigen Balancefaktor gegenüber der Sowjetunion positiv gegenübersteht, die Gelegenheit, um auf offizielle Beziehungen mit Brüssel zu drängen.

**(5) Hsinhua zur Konvention von Lome**

Am 2. März wurde in Lome, der Hauptstadt von Togo, eine Handels- und Wirtschaftskonvention zwischen 46 afrikanischen, karibischen und pazifischen Entwicklungsländern einerseits und den neun europäischen EG-Ländern andererseits unterzeichnet, nachdem vorher achtzehnmonatige Verhandlungen vorausgegangen waren. Dazu Chinas Kommentar: "In der Welt von heute gibt es zwei Einstellungen zum historischen Trend, daß die Dritte Welt die alte internationale Wirtschaftsordnung ändern möchte: Konfrontation und Dialog.

Die eine Haltung (Konfrontation) wird von den Supermächten eingenommen ..... Die andere ist die des 'Dialogs', bei dem Fragen durch Verhandlungen mit Ländern der Dritten Welt gelöst werden können. Bei den Verhandlungen um die Konvention von Lome nahmen die EG-Länder die letztere Haltung ein und erreichten Vereinbarungen, die eine weitere Expansion des Handels und der Wirtschaftsbeziehungen zwischen dem Gemeinsamen Markt und den Ländern der Dritten Welt ermöglichen. Die Konvention widerspiegelt ferner die Haltung der Länder der Zweiten Welt im Hinblick auf das verschärfte Ringen der sowjetischen und amerikanischen Supermacht um die Weltherrschaft. Diese zwischen den beiden Supermächten eingeklemmten Länder wenden sich immer mehr der Festigung ihrer Bindung zur Dritten Welt zu, um dadurch dem Druck der Supermächte standzuhalten...." (NCNA, 3.3.1975).

**(6) Zwei maoistische Gruppen in Finnland?**

Hsinhua hat seit Mitte 1974 Zitate aus zwei verschiedenen Theoriezeitschriften marxistisch-leninistischer Gruppen in Finnland übernommen. Eine dieser Zeitschriften trägt den Titel "Rote Garde" und brachte in ihrer ersten Ausgabe Mitte 1974 eine Anklage gegen die Welthegeemonie der beiden Supermächte (NCNA, 13.7.1975). In der Zwischenzeit wurde von Hsinhua auch noch eine andere Zeitschrift, nämlich "Der Oktober", identifiziert, und zwar im Zusammenhang mit dem März-Heft, das einen Leitartikel über die intensivierten Militäraktivitäten der beiden Supermächte bringt (NCNA, 21.3.1975). Offensichtlich sind beide Organe von verschiedenen Organisationen herausgegeben.

Die Existenz zweier maoistischer Organisationen in einem Land, das eine so heikle Position am Rande der UdSSR einnimmt wie Finnland, verdient Aufmerksamkeit, zumal ja Peking selbst davon in seinen Agenturberichten Kenntnis genommen hat.

## SOWJETUNION UND OSTEUROPA

**(7) Neues kommunistisches Welttreffen mit antichinesischem Charakter?**

Die Führer der kommunistischen Parteien des Ostblocks haben am Rande des Ungarischen Parteikongresses im März 1975 den Stand der Vorbereitungen für die geplante Europa-Konferenz der kommunistischen und Arbeiterparteien erörtert. Allerdings hatte man die Vertreter Jugoslawiens und Rumäniens, die ja wegen ihrer pekingfreundlichen Haltung gegen ein letztes Endes

antichinesisches Gipfeltreffen eingestellt sind, zur Sicherheit gleich gar nicht an den Konsultationen teilnehmen lassen.

Moskau plant, das europäische Treffen unmittelbar nach Abschluß der dritten Phase der Europäischen Sicherheitskonferenz stattfinden zu lassen, womit Moskau bis Ende Juni rechnet. Sollte der Schluß der Sicherheitskonferenz indes auf einen wesentlich späteren Termin fallen, dann würden die kommunistischen Parteien Europas mit Sicherheit schon vorher, wahrscheinlich im Frühsommer, zusammentreffen.

Es zeichnet sich das Bestreben ab, diesen kommunistischen Europa-Gipfel nur zur Vorstufe einer Weltkonferenz zu machen, deren Hauptaufgabe dann die Verurteilung der "Maoisten" würde (Näheres zu dieser Problematik: C.a.74/11, S.691: "China und das Warschauer Konsultativtreffen der KPs").

### (8) TASS zur "Militarisierung der Wirtschaft der VR China"

In einer Besprechung zum neuesten China-Buch der Autorengruppe sowjetischer Wirtschaftswissenschaftler um Michael Sladkowsky verweist TASS auf zwei Perioden der militärisch-wirtschaftlichen Politik der VR China. Die erste Periode umfasse die Jahre 1949 - 1960. Die zweite Periode die Jahre von 1961 bis zur Gegenwart. Während des ersten Abschnitts habe man die Aufgaben der Schaffung der materiellen und technischen Basis für die Landesverteidigung mit Plänen zur sozialistischen Umwandlung der Gesellschaft, zur Industrialisierung und zur weitgehenden Nutzung der Erfahrungen der Sowjetunion und der anderen sozialistischen Länder sowie der umfassenden Unterstützung Chinas durch diese Länder verbunden. Damals sei der Anteil der Haushaltsausgaben für Verteidigungszwecke noch stark gebremst gewesen. Während diese Ausgaben 1950 noch 41,5% der gesamten Staatsausgaben ausgemacht hätten, beliefen sie sich - lt. TASS - 1959 nur noch auf 11%.

Mit den sechziger Jahren hätten jedoch Bestrebungen der chinesischen Führer begonnen, so rasch wie möglich ihr militärisches Potential zu verstärken und vor allem Atomraketen zu bauen. Schon 1953 seien die direkten militärischen Ausgaben auf über 40% der gesamten Haushaltsbewilligungen angestiegen. Dieser Kurs habe notwendigerweise zur Aufgabe der Hauptziele des sozialistischen Aufbaus in China sowie zur Abweichung von den Erfahrungen der sozialistischen Länder führen müssen. Außerdem habe die Nichtbeachtung der von der Sowjetunion und anderen sozialistischen Staaten gewonnenen Erfahrungen zu einer Abweichung der chinesischen Politik vom sozialistischen Kurs geführt (TASS, englisch, 5.3.75).

Man fragt sich bei der Lektüre eines solchen Artikels, woher TASS die Zahlenangaben über das Ausmaß der chinesischen Militärausgaben hat. Schätzungen? Spekulationen? Propagandistisch absichtlich aufgeblasene Behauptungen? Immerhin sollte man bei Ausführungen dieser Art nicht vergessen, daß die Sowjetunion sich im Schlagabtausch mit China befindet, das ja ebenfalls laufend Meldungen über die Militarisierung der sowjetischen Wirtschaft bringt.

### (9) Delegation einer maoistischen KP Polens in Peking

Am 3. März trafen die Politbüromitglieder Yao Wen-yüan und Wu Kuei-hsien (Kandidat des Politbüros) mit Kazamirz Mijal, dem Generalsekretär der "KP Polens", zu Gesprächen zusammen. An den Gesprächen nahmen auch Keng Piao, Mitglied des

ZK der KPCh und Leiter der Abteilung "Internationale Beziehungen" des ZK der KPCh, und Chang Hsiang-shan, Stellvertretender Leiter dieser ZK-Abteilung, teil (NCNA, 3.3.75). Bei der vorstehend erwähnten "KP Polens" handelt es sich um eine in Polen verbotene Partei, die vorwiegend von Albanien aus agiert. Das bedeutsame Aufgebot an hohen Führungsgliedern, mit dem die VR China dieser polnischen Anti-KP gegenübertrat, zeigt erneut, wie wenig China die offizielle KP heute noch als Vertreterin eines echten sozialistischen Kurses betrachtet und wie gerne sie Spaltungstendenzen innerhalb der offiziellen Führungsgremien in den osteuropäischen Staaten sieht.

## NORDAMERIKA

### (10) VR China - USA:

#### Sand im Getriebe der Volksdiplomatie

Das amerikanische State Department hat eine durch weite Gebiete der USA führende Tour einer chinesischen Gesangsgruppe untersagt, weil diese darauf bestand, in ihrem Programm auch ein Lied über die Befreiung von Taiwan einzufügen (NCNA, 2.4.75). Henry Kissinger persönlich hat sich mit dieser Entscheidung einverstanden erklärt. Die amerikanische Entscheidung war u.a. von der Überlegung getragen, endlich einmal eine feste Linie anzunehmen. Mit Mißmut hatte man im State Department u.a. Berichte über zahlreiche Restriktionen entgegengenommen, die u.a. amerikanischen Forschern und Wissenschaftlern während ihrer China-Reise auferlegt worden waren. Auch befürchtet man in Washington, daß die Chinesen in so peinlichen Fragen wie Südostasien, Portugal und Mittelost bald ähnliche Verhaltensformen annehmen könnten, wie jetzt in der Taiwan-Frage. Die harte Haltung, wie sie in der nun gefällten Entscheidung zum Ausdruck gekommen ist, soll hier sozusagen einen Strich ziehen, der besagt: "Bis hierher und nicht weiter" (IHT, 29.3.75). Dagegen die Chinesen: "Prinzipien werden nicht verschachert (NCNA, 2.4.75).

## AFRIKA

### (11) Mozambique rechnet mit "selbstloser" Unterstützung durch China und Nordkorea

Eine enge Zusammenarbeit mit China und Nordkorea sei für das künftige unabhängige Mozambique wahrscheinlich das wichtigste Ergebnis der Fernost-Reise, von der der Präsident der Befreiungsfront von Mozambique (Frelimo), Samora Machel, am 10. März zurückgekehrt ist. Dies war der Kern der Presseerklärung, die am 11.3. in Laurencio Marques veröffentlicht wurde. Man habe bereits beschlossen, diplomatische Beziehungen zu den beiden Staaten aufzunehmen. Der nordkoreanische Präsident Kim Il Sung habe die Einladung zu einem offiziellen Besuch in Mozambique angenommen. Außerdem werde man auf wirtschaftlichem und technischem Gebiet mit Peking und Pyonyang zusammenarbeiten. Peking habe der künftigen Regierung Mozambiques beträchtliche finanzielle Unterstützung für die Entwicklung und den Wiederaufbau des Landes sowie für kostenlose Getreidelieferungen angeboten. Darüber hinaus habe China das Angebot gemacht, bei der Ausbildung der künftigen Kader Mozambiques technische Hilfe zu leisten (AP-Bericht, M.D.).

Afrika, 14.3.1975, S.2).

Machel hatte die Volksrepublik vom 20. Februar bis 2. März 1975 offiziell besucht. Während des Aufenthaltes besichtigte seine Delegation Fabriken, ländliche Volkskommunen, Bildungseinrichtungen, Einheiten der Volksbefreiungsarmee, Sehenswürdigkeiten und historische Stätten in den wichtigsten Orten Chinas. Auch Chou En-lai traf mit Präsident Machel zusammen. Beide Teile stimmten darüber überein, daß die afrikanischen Völker ihren Kampf fortsetzen sollten. Mozambique verurteilte u.a. scharf den US-Imperialismus wegen seiner verschiedenen Pläne, die Besetzung Taiwans fortzusetzen. Beide Seiten vereinbarten, daß China und Mozambique am 25. Juni 1975, dem Tag, da das Land seine Unabhängigkeit erhält, diplomatische Beziehungen auf Botschafterebene aufnehmen und brüderliche Beziehungen der freundschaftlichen Zusammenarbeit auf wirtschaftlichem, kulturellem u.a. Gebieten herstellen wollen (Auszüge aus dem Kommuniqué, NCNA, 2.3.1975).

## NAHOST

### (12) Warum mußte die Kissinger-Mission in Nahost scheitern?

Hsinhua führt die Ursachen für das Scheitern auf den "wilden Wettkampf der beiden Supermächte" zurück: "Der Mißerfolg von Kissingers Mission beweist, daß jede Vermittlungsbemühung der Supermächte, die Israels Aggression Vorschub leistet und gegen die Bestrebungen des arabischen Volkes gerichtet ist, zum Scheitern verurteilt ist. Weder die von den USA befürwortete Schritt-um-Schritt-Regelung noch die von den sowjetischen Revisionisten angebotene 'Genfer Konferenz' zielen auf eine echte Regelung des Nahost-Problems ab. Statt dessen soll dem arabischen Volk und vor allem den Palästinensern der Zustand des 'Weder-Krieg-noch-Friedens' aufgezwungen und dadurch die Position der Supermächte gestärkt werden".

### (13) Wohlwollende Stellungnahme Pekings zu den Verstaatlichungsvorgängen in Äthiopien

Am 4. März hat der Provisorische Militärische Verwaltungsrat Äthiopiens eine "Verkündigung zur Durchführung der Verstaatlichung des Grundbesitzes" erlassen. Darüber berichtet Hsinhua (NCNA, 5.3.75) ausführlich, obwohl die Agentur zu dem Machtwechsel verständlicherweise keine Stellung bezogen hatte. Immerhin waren die Beziehungen zum gestürzten äthiopischen Kaiser intensiv gewesen. Anlässlich des 31. Jahrestages der Rückkehr Haile Selassies in das von den Italienern befreite Addis Abeba hatte der äthiopische Botschafter in Peking z.B. einen Empfang gegeben, an dem auch Chou En-lai teilgenommen hatte und bei dem die Gemeinsamkeiten im Kampf gegen den Imperialismus und die Zugehörigkeit zur Dritten Welt betont worden waren (C.a. 72/5 - Ü 18).

Im Jahre 1971 besuchte Kaiser Haile Selassie die VR China (6. - 13. Oktober). Ende 1973 hatten die Chinesen den Äthiopiern sogar die Lieferung von Waffen angeboten. Gedacht waren

die Lieferungen als eine Art Gegengewicht zu dem immer stärkeren Einfluß der Sowjetunion an dem strategisch so wichtigen Golf von Aden (C.a.74/1 - Ü 13). Es hatte sich ein florierender Handel zwischen beiden Ländern entwickelt (Näheres dazu C.a. 73/8 - Ü 55), und überdies spendete China für Bewohner von Hungergebieten (C.a.1974/4 - Ü 79).

Die Sympathie für Haile Selassie beruhte auf einer antisowjetischen Zweckfreundschaft. Sympathien für das jetzige, nach sozialistischen Grundsätzen handelnde Regime liegt dem Herzen der Chinesen näher. Deshalb auch jetzt die freundliche Würdigung. U.a. betont Hsinhua, daß 90% des Landes in Äthiopiens Eigentum der Kaiserlichen Familie, des Adels, der Kirchen u.a. Feudalherren gewesen seien. Der Großteil der Bauern, die 90% der Bevölkerung ausmachen, seien Pächter ohne Land bzw. mit nur wenig Land gewesen. Pacht und Steuern hätten ihnen 70 - 90% ihrer Ernten genommen und sie gezwungen, in Kälte und Hunger zu leben. U.a. bestimme die neue Verordnung auch, daß eine Vereinigung der Ackerbauern und eine Vereinigung der Nomaden geschaffen werden solle.

## ASIEN

### (14) Zu Gretschkos Indien-Besuch: Militärische Expansion der UdSSR im Gebiet des Indik

Vom 24. - 27. Februar stattete der sowjetische Verteidigungsminister Andrej Gretschko der Republik Indien einen Besuch ab.

Gretschkos Reise diente, wie Hsinhua (NCNA, 2.3.75) hervorhebt, u.a. dem Zweck, der indischen Armee modernste Waffen und modernste Ausrüstungen zu bringen, um die Waffenproduktionskapazität Indiens zu stärken und dadurch in Indien einen Mithelfer gegen die USA im Bereich des Indischen Ozeans zu gewinnen. Im Zeichen des Ringens um die Hegemonie mit den USA in Südasien und im Indik hätten die Sowjetrevisionisten ihre Marinestärke in den letzten Jahren dort stark aufgestockt. Die meiste Zeit seien mehr als 30 Schiffe im Indik stationiert. Die USA betrachteten Südasien und den Indischen Ozean als eine wichtige Flanke zum ölfreien Nahen Osten und zum Persischen Golf sowie als Öl-Transportweg.

Nach Pekinger Auffassung ringen die Sowjetunion und die USA um den Indischen Ozean in der Absicht, sich die strategische Flanke Europa und dem Mittleren Osten gegenüber zu sichern. Beim Wettkampf um den Indischen Ozean gehe es letztlich um den Mittleren Osten und sodann um die Herrschaft über Europa.

Die Vereinigten Staaten, die ihre Streitkräfte vor allem im Atlantik und Pazifik postiert haben, sähen ihre "Zwei-Ozeane"-Strategie bedroht, wenn sich die Sowjetunion ihrerseits im Indischen Ozean verschanzen sollte. Nur, wenn die USA nun auch die Kontrolle über den Indischen Ozean erlange, sei sie in der Lage, den sowjetischen strategischen Seeweg vom Schwarzen Meer durch das Mittelmeer, das Rote Meer, den Indischen Ozean und den Pazifik bis zum Japanischen Meer abzuschneiden und zugleich dem Plan eines sowjetisch inspirierten "Kollektiven Sicherheitssystems in Asien" hindernd in den Weg zu treten.

Dies sind also die tieferen Gründe für die Konfrontation im Indik. Taktisch gilt es nun einerseits für beide Seiten, ihre Stützpunkte auszubauen und gleichzeitig Pläne für eine "Frie-

denszone“ im Indik, die auf eine Verbannung der beiden Supermächte aus diesem Ozean hinausliefen, zu verhindern.

Was die Stützpunktpolitik anbelangt, so konzentrierten sich die Amerikaner vor allem seit Anfang 1974 auf die Erweiterung der Militärbasis von Diego Garcia (Näheres dazu C.a. 1974, Maiheft, S.240 ff.), während die Sowjetunion sich in der Zwischenzeit bereits "mehr als zehn Hafenanlagen oder Militärstützpunkte im Indischen Ozean gesichert" hätte. (so PRu 1975, Nr. 7, S.18). Allerdings werden diese "Stützpunkte" nicht beim Namen genannt. Schon früher hatte Peking zwar öfter auf Port Blair (auf den indischen Andamanen-Inseln) und auf Vishakapatnam hingewiesen.

Was andererseits die Taktik der Verhinderung von "Friedenszonen" anbelange, so habe gerade die Sowjetunion, die ja immer von ihrem Interesse an einem "Frieden" in der Region spreche, den ceylonischen Plan einer "Friedenszone im Indischen Ozean" systematisch boykottiert. Schon bei der Abstimmung über diesen Plan anlässlich der 26. Tagung der UNO-Vollversammlung im Jahre 1971 habe sie sich der Stimme enthalten. Ebenso bei der Behandlung des entsprechenden Resolutionsentwurfs am 14. November 1974 durch den Ersten Ausschuß der UNO-Vollversammlung.

### (15) "Expansionistische Politik Indiens" im Zusammenhang mit Kaschmir?

"Vor kurzem hat die indische Regierung - unter Verletzung der UN-Resolutionen, internationaler Abkommen und der eigenen Verpflichtungen in der Frage der Zugehörigkeit Kaschmirs - neue expansionistische Schritte unternommen, um das Volk von Kaschmir seines Rechts auf Selbstbestimmung zu berauben und dieses Gebiet zu annektieren ... Jedermann weiß, daß die Frage der Zugehörigkeit Kaschmirs Objekt eines großen internationalen Streits zwischen Indien und Pakistan ist, der bis heute noch nicht gelöst werden konnte. Nach der Unabhängigkeitserklärung Indiens und Pakistans entstand zwischen beiden Ländern über diese Frage ein militärischer Zusammenstoß. Seinerzeit hat Indien die Frage der UNO zur Untersuchung vorgelegt und dabei erklärt, daß es die Resolutionen der UNO akzeptieren werde. Ohne sich jedoch an das gegebene Wort zu halten, hat die indische Regierung Kaschmir willkürlich in ihrer Verfassung zu einem Staat Indiens erklärt. Jetzt hat sie die Frage der Zugehörigkeit Kaschmirs erneut als eine 'innere Angelegenheit' dargestellt, die Indien sozusagen einseitig lösen könne. Kurz gesagt, die indischen Expansionisten annektieren alle Gebiete, die sie annektieren können - sei es das Gebiet von Kaschmir, dessen Zugehörigkeit international noch als ungeklärt angesehen wird, oder das des benachbarten Sikkim ... Solche Annektion ist ihrer Meinung nach eine 'innere Angelegenheit', in die sich andere nicht einmischen sollten .... Das ist das Wesen der Theorie der indischen Expansionisten von den 'inneren Angelegenheiten' ...." (NCNA, 12.3.75).

### (16) Weitere Unterstützung der Naga-Aufständischen durch China?

TASS (englisch, 19.3.75) bezichtigt die Chinesen erneut einer Doppelpolitik gegenüber den Ländern Süd- und Südostasiens. Einerseits spreche man im offiziellen Peking im Zusammenhang mit Indien dauernd von Expansion, Annexion, Einmischung in die inneren Angelegenheiten anderer Länder und Verhöhnung der Normen der internationalen Beziehungen. Gleichzeitig

aber habe die VR China mittels seiner Ping-Pong-Spieler (Weltmeisterschaft in Kalkutta) und hoher Beamter (unter anderem Politbüromitglied Ch'en Hsi-lien) seine Bereitschaft ausgedrückt, normale Beziehungen zu Indien aufzunehmen. In diesem scheinbaren Widerspruch komme das diplomatische Doppelspiel der Chinesen zum Ausdruck. Dieses Verhalten sei als chauvinistische Großmachtspolitik zu werten. Peking habe z.B. nie aufgehört, sich in die inneren Angelegenheiten Indiens einzumischen. Es unterstütze nach wie vor aktiv regierungsfeindliche Elemente des Naga- und des Mizo-Stammes im Nordosten Indiens, indem es ihnen Waffen, Munition u.a. Mittel liefert. Allein in den letzten vier Monaten hätten drei größere Gruppen von Naga-Rebellen unter dem Kommando von Personen, die "mit den Pekinger Geheimdiensten in enger Verbindung stehen", versucht, sich bewaffnet nach China durchzuschlagen, um dort in geheimen Lagern eine militärische Weiterbildung zu erhalten, die ihnen dann gegen Indien zugute kommen sollte. Die indische Regierung habe in den letzten Monaten aktive Operationen gegen Rebellen durchgeführt und dabei nicht weniger als 110 Naga-Aufständische im Gebirgsdschungel gefangen genommen. Im Verlauf der Operationen im Raum Parbatui gegen Rebellen des Mizo-Stammes, die mit dem "Pekinger Geheimdienst" in Verbindung stünden, seien chinesische Waffen und chinesische Munition erbeutet worden (TASS, 18.2.75 in M.D. Asien, 19.2.75, S. 7).

Die Maoisten wiegelten ein Land gegen das andere auf und entfachten Krisensituationen in Süd- und Südostasien, um im Trüben zu fischen. Insbesondere nutzten sie die vom Kolonialismus hinterlassenen Grenzprobleme aus, um Pakistan und Nepal gegen Indien aufzuhetzen und zu versuchen, die gutnachbarlichen Beziehungen zwischen Indien und Bangla Desh zu vergiften. Vor diesem Hintergrund wirke Pekings Beteuerung, es wünsche die Wiederaufnahme normaler Beziehungen mit Indien, nicht überzeugend.

Die indische Regierung setzt gegen die Aufständischen nicht nur repressive militärische Mittel ein, sondern versucht die Sympathien der Minderheiten durch zusätzliche Finanzhilfe zu gewinnen. In dem Entwurf für den fünften Wirtschaftsplan beispielsweise sind 5 Mrd. Rupien als zusätzliche Leistungen der Zentralregierung für die Entwicklung der Stammesgebiete im Nordosten ausgewiesen. Besondere Aufmerksamkeit soll dem Straßenbau und der Entwässerung gewidmet werden (All India Radio vom 19.2.75, M.D. Asien, 20.2.75, S.8).

### (17) Die USA und die Entwicklung in Kambodscha

Am 27. Februar erklärte der im Pekinger Exil lebende Prinz Norodom Sihanouk, daß Chou En-lai "in sehr kurzer Zeit" einen kommunistisch unterstützten Sieg der Roten Khmer in Kambodscha erwarte. Chou habe seit November 1974 wiederholt dem amerikanischen Außenminister Kissinger geraten, die Regierung von Phnom Penh unter Leitung von Marschall Lon Nol preiszugeben, um die Ehre der Vereinigten Staaten zu retten. Er, Sihanouk, sei am 24. Februar mit Chou En-lai in dessen Krankenhaus zusammengetroffen. Sihanouk erklärte, er beabsichtige nicht, "nach dem Sieg" Staatschef zu bleiben (z.Zt. ist er ja Vorsitzender der kambodschanischen Befreiungsfront "FUNC"). Er habe diese Entscheidung offiziell den Roten Khmer mitgeteilt, obwohl sie darauf bestanden hätten, daß er das Amt für den Rest seines Lebens inne habe.

Sihanouk beschrieb den amerikanischen Präsidenten Ford als "naiv", wenn er glaube, die Roten Khmer würden jetzt zustim-

men, mit irgend jemandem zu verhandeln. Im übrigen aber sei eine Wiederversöhnung zwischen den USA und den Kräften, die er führe, möglich, vorausgesetzt, daß die Amerikaner die Regierung Lon Nol auflösten. Diesen Standpunkt habe er kürzlich in einem offenen Brief an Präsident Ford bekräftigt.

Chou En-lai habe beim Zusammentreffen mit Sihanouk folgendes erklärt: "Die Lage scheint mir sehr gut für Sie zu sein, und ich gratuliere Ihnen ... Ich sehe, daß die Dinge ihrem Ende zutreiben und daß Sie in sehr kurzer Zeit siegen werden. Sie brauchen nicht mehr lange zu warten". Chou habe Kissinger im November 1974 gesagt, daß, "je länger die USA ihren Rückzug aus Kambodscha hinauszögerten, sie umso mehr ihre eigene Ehre gefährden ... Diesen Rat gab ich, und ich bedauere zutiefst, daß Kissinger ihn nicht annahm".

Sihanouk hat auch bereits eine Antwort auf die Luftbrücke der Amerikaner nach Phnom Penh gefunden. Er stellte nämlich dar, daß er während seines Besuches in Hanoi anlässlich der Feierlichkeiten zum Tet-Fest Anfang Februar 1975 mit den nordvietnamesischen Führern darüber ein Abkommen erzielt habe, daß sie auf die amerikanische Luftbrücke nach Phnom Penh antworten würden, indem sie die Lieferungen von chinesischen Waffen und Munition durch Nordvietnam nach Kambodscha begünstigten.

Auf die Frage, wann er mit dem Zusammenbruch der Regierung in Phnom Penh rechne, erwiderte Prinz Sihanouk, daß er, anders als Lon Nol, immer die Astrologen verabscheut habe. "Aber ich glaube, wenn nicht in diesem Jahr, so wird der Krieg im nächsten Jahr zu Ende gehen". Die USA könnten nicht mehr hoffen, die Roten Khmer physisch zu vernichten. Der einzige Weg, wie sie dies zustande bringen könnten, sei die Anwendung von Atomwaffen in Kambodscha oder aber die Entsendung von Massen amerikanischer Soldaten. Dies aber komme doch wohl nicht mehr in Frage.

Nach seiner eigenen Zukunft in einem "befreiten Kambodscha" befragt, erwiderte Prinz Sihanouk, das einzige Amt, das er akzeptieren würde, sei das eines Vertreters seines Landes außerhalb Kambodschas. Die Roten Khmer sollten völlig frei sein, die inneren Angelegenheiten des Landes zu regeln. Er, Sihanouk, wünsche nicht, jemals wieder mit inneren Fragen beschäftigt zu sein. "Sie sind mich schon teuer genug zu stehen gekommen. Sogar als symbolischer Staatschef würde ich 11 von 12 Monaten außerhalb Kambodschas leben". Der Prinz erinnerte daran, daß die Regierung Lon Nol ihn bei Abwesenheit als Verräter zum Tode verurteilt habe. Gleichzeitig hob er aber auch seine ideologischen Differenzen mit den Kommunisten hervor. "Sicher werde ich nach dem Siege wieder einmal zum Patrioten und Helden in den Augen der Roten Khmer werden. Nun gut. Ich ziehe es vor, meine Karriere rechtzeitig zu beenden als eines schönen Tages zu riskieren, daß mich die Roten Khmer vor Gericht stellen und mich erneut zum Verräter machen" (wiedergegeben in M.D.Asien, 28.2.1975, S. 1-3).

Am 1. März traf der Sonderberater für das Büro des Stellvertretenden Ministerpräsidenten der Königlichen Regierung der Nationalen Union von Kambodscha, Ieng Sary, in Peking zu einem Freundschaftsbesuch ein. Hierbei stellte der Stellv. Ministerpräsident Chi Teng-kuei, der Ieng Sary betreute, fest, daß die "US-Regierung unverzüglich alle Unterstützung und Hilfe für die Lon Nol-Verräterclique einstellen und das kambodschanische Volk seine eigenen Angelegenheiten ohne Einmischung von

außen regeln lassen soll" (NCNA, 1.3.75). Zur Gewährung weiterer Kredite an das Regime Lon Nol stellte Sihanouk fest, daß sie in keiner Weise den "unabänderlichen" Standpunkt der FUNC (Front), der GRUNC (Königliche Regierung der Nationalen Union von Kambodscha) und der kambodschanischen Nationalen Volksbefreiungstreitkräfte ändern könne, "jemals mit den Verrätern von Phnom Penh zu verhandeln". Weiter: "Seit 1970 haben die USA bereits über 3 Mrd. US\$ für den Ankauf und die Bereicherung der Quislinge von Phnom Penh ausgegeben und mehr als 7 Mrd. US\$ für die Zerstörung Kambodschas und die Versklavung seines Volkes. Daher können auch weitere 220 Mio. US\$ (die Höhe der Zusatzkredite, die Präsident Ford vom Kongreß gefordert hatte!) nicht den unaufhaltsamen Drang beeinträchtigen, der das kambodschanische Volk, die FUNC, die GRUNC und die Streitkräfte dem totalen Endsieg entgegenführt". Der wahre Grund, warum die USA das "sterbende" Regime von Phnom Penh so hartnäckig unterstützten, bestünde darin, daß "Amerika nach seiner baldigen und unausweichlichen Niederlage in Kambodscha, ob es will oder nicht, Südvietnam und Laos verlassen muß", und er fügte hinzu: "Dann wird es zweifelsohne auch Thailand, Taiwan, Südkorea und die Philippinen verlieren" (M.D.Asien, 27.2.75, S.9).

Die Stärke der Roten Khmer liegt in ihrer Mobilität und in der von harter Disziplin getragenen Kampfesgeschlossenheit der 5000 bis 8000 in Nordvietnam zwischen 1954 und 1972 (Rückzug der Nordvietnamesen und des Vietcong aus Kambodscha) von Nordvietnam ausgebildeten kommunistischen Kader. Diese Kader waren es auch, die das kleine Kampfkontingent von etwa 2000 bis 3000 Guerillas in den sechziger Jahren zu einer konventionellen Streitmacht von nunmehr 70.000 Mann aufgebaut haben, einer Streitmacht, die inzwischen die nordvietnamesischen und Vietcong-Verbände rundweg ersetzt. Ihr stehen etwa 110.000 bis 130.000 Regierungstruppen Lon Nols gegenüber.

Die Rolle der Vietnamesen ist heutzutage im wesentlichen nur noch auf Transporthilfe über den Ho Chi Minh-Pfad beschränkt, wobei vielfach chinesische Waffen herangeschafft werden.

Trotz des veränderten Stärkeverhältnisses scheint es nicht, als wollten die Roten Khmer die Hauptstadt Phnom Penh im Sturm einnehmen. Vielmehr hofft man auf einen inneren Umsturz, der die Stadt im wesentlichen unversehrt in die Hände der Belagerer fallen ließe. Seit dem 28. Dezember 1974 sind ja nur noch zwei Öltanker und vier Lastkähne auf dem Mekong nach Phnom Penh durchgekommen. Im übrigen steht die Stadt vor der Aushungerung. Ein chinesischer Bericht weist unter diesen Umständen auf den "Massenkampf" gegen Korruptions- und Zwangsrekrutierungsmaßnahmen hin. Die Moral der Marionettentruppen sei schlecht. Immer häufiger ereigneten sich Fälle von Protesten gegen den Krieg, u.a. sogar von seiten der "Marionettentruppen" (Peking Rundschau 1975, Nr. 7, S. 19).

Am 7. März appellierte Sihanouk in einer Erklärung an die Regierungen aller Länder und Völker, von den USA die Beendigung ihrer Einmischung in Kambodscha zu fordern. U.a. führte er aus: "Die USA ... unterhalten eine intensive und gewaltige 'Luftbrücke' nach 'Berliner Art', liefern jeden Tag einige Hundert Tonnen neuer Waffen und Munition nach Phnom Penh ... und werden eine weitere Summe Militärhilfe für die Lon Nol-Clique geben. USA-Kriegsschiffe werden in die kambodschanischen Gewässer entsandt, die Infanteristen, Fallschirmjäger und Marine-

infanterie an Bord haben und die bereit sind, unter dem Vorwand der Notwendigkeit, das Leben und die Sicherheit der US-Kolonialisten in Pnom Penh zu schützen, dort einzugreifen und gegen die kambodschanischen Volksbefreiungstreitkräfte vorzugehen..... Das 'kambodschanische Problem' ist kein Problem zwischen den Kambodschanern, es ist ein Problem zwischen dem angegriffenen kambodschanischen Volk und den US-Aggressoren..... Die USA müssen ihre Aggression einstellen! Das sogenannte 'kambodschanische' Problem wird sich dann von selber lösen" (NCNA, 7.3.1975).

### (18) Offizielle Beziehungen Peking-Manila noch 1975?

Nach Meldungen von Hsinhua (NCNA, 3.3.1975) hat der philippinische Präsident Ferdinand Marcos erklärt, daß die Philippinen "im Laufe dieses Jahres die Beziehungen mit der VR China normalisieren werden". Der philippinische Präsident habe am 1. März auf einer Pressekonferenz nach einer gemeinsamen Tagung der Kabinettssekretäre und hoher Offiziere eine entsprechende Erklärung abgegeben und wörtlich erklärt, daß "ich selbst im Rahmen der Normalisierung solcher Beziehungen wahrscheinlich persönlich Peking besuchen werde, sobald es das politische Wetter zuläßt".

Die Philippinen wären nach Malaysia das zweite Land der ASEAN, das mit der VR China Staat-Staat-Beziehungen aufnimmt.

### (19) Singapore auf dem Wege zu offiziellen Beziehungen zur VR China?

Der Außenminister von Singapore, S. Rajaratnam, betonte am 11. März, Singapore werde keine diplomatischen Beziehungen zur VR China aufnehmen, bevor seine nächsten Nachbarn nicht mit gutem Beispiel vorangegangen wären. Dies sei die gegenwärtige Politik des Stadtstaates. "Die Verhältnisse in der Welt ändern sich, und unsere politische Haltung kann sich ebenfalls ändern. Wenn unsere Nachbarn morgen diplomatische Beziehungen zu China aufnehmen, wird Singapore bald folgen."

Dies gab der Außenminister bekannt, bevor er einen zehntägigen offiziellen China-Besuch antrat, der auf Einladung von Außenminister Ch'iao Kuan-hua erfolgte. Ch'iao hatte Rajaratnam im vergangenen Jahr, als er selbst noch Chefdelegierter seines Landes bei der UNO war, zu diesem Besuch eingeladen.

Volksdiplomatische Beziehungen bestehen bereits seit längerer Zeit zwischen beiden Staaten, z.B. in Form von sportlichen Besuchen und von Visiten verschiedener Berufsgruppen. Offizielle Beziehungen auf Regierungsebene würden jedoch jetzt zum erstenmal stattfinden (AFP, in MD Asien, 13.3.1975, S.3 ff.).

Von den fünf ASEAN-Staaten hat bisher nur Malaysia Beziehungen zu China hergestellt. Sowohl die Philippinen als auch Thailand befinden sich noch im Verhandlungsstadium, während es sich bei Indonesien um eine Frage der Wiederbelebung von eingefrorenen Verbindungen handelt. Bis zur Herstellung diplomatischer Beziehungen zwischen Peking und Djakarta würden wohl noch einige Jahre vergehen (zum Verhältnis zwischen beiden Staaten vgl. C.a. 1973/Juli, S.349-369).

### (20) Weitere volksdiplomatische Verbindungen zwischen China und Thailand

Nach der Einleitung wirtschaftlicher Beziehungen zu Thailand (dazu C.a. 1972/10-Ü 19, 1974/1-Ü22, 1974/3-Ü17) werden

neuerdings auch Medizinerdelegationen ausgetauscht. Am 16. Februar beispielsweise kam eine neunköpfige Delegation des chinesischen Medizinerverbandes unter Leitung des Stellv. Generalsekretärs, Tu Pao-chung, in den südostasiatischen Staat (NCNA, 17.2.1975). Von einer Aufnahme diplomatischer Beziehungen auf Staat-Staat-Ebene ist freilich bisher nicht die Rede gewesen.

## INTERNATIONALE KONFERENZEN

### (21) China auf der UNIDO-Konferenz in Lima - Politisierung statt Projektdiskussion

Vom 12. bis zum 27. März tagte in der peruanischen Hauptstadt Lima die 2. Vollversammlung der UN-Organisation für industrielle Entwicklung (UNIDO), deren Aufgabe es ist, der Dritten Welt beim Aufbau einer Industrie zu helfen. Dieses Generalthema, so westliche Beobachter, trat in der Diskussion aber völlig zurück. Ein Mitglied der deutschen Delegation: "Ein Industrialisierungsfachmann wäre sich hier fehl am Platze vorgekommen" (Welt, 26.3.1975). Dagegen wurden während der Konferenz erneut die wirtschaftlichen und politischen Gegensätze deutlich, die zwischen Industrie- und Entwicklungsstaaten über die zur Zeit herrschende und die künftig zu entwerfende Weltwirtschaftsordnung bestehen.

Dabei machte sich die chinesische Delegation unter der Leitung Chen Mu-Huas, stellvertretende Ministerin für wirtschaftliche Verbindungen mit dem Ausland, zum Anwalt der Dritte-Welt-Staaten und des Prinzips politischer Unabhängigkeit durch wirtschaftliche Unabhängigkeit. Auf das chinesische Beispiel verweisend, das trotz des Widerstandes der beiden Großmächte erfolgreich fortgeführt werde, warnte Chen Mu-hua vor den Supermächten, die die Souveränität der Entwicklungsländer verletzen und ihre Rohstoffe ausplünderten (PRu 1975 Nr.12, S.18 ff.). Industrialisierungshilfe diene der wirtschaftlichen Kolonisierung. Ihre "Hilfe" benutzten (die Großmächte) als Mittel der Plünderung. "Überschuß"-waren stießen sie durch Dumping ab, sie monopolisierten die Märkte, manipulierten die Preise, tauschten die Waren zu ungleichen Bedingungen aus und erdrosselten die nationalen Industrien anderer Länder. Die chinesische Vertreterin wies jedoch auch darauf hin, daß sich die Politik des "Gehens auf eigenen Beinen" in der Praxis nicht von den gegebenen Bedingungen eines jeden Landes trennen lasse und daß nicht alle Länder in der gleichen Weise verfahren könnten. China praktiziere beispielsweise die allgemeine Richtlinie: in der Entwicklung der Volkswirtschaft die Landwirtschaft als Grundlage und die Industrie als führenden Faktor zu betrachten, und richte sich in seinem Volkswirtschaftsplan in seinen Prioritäten nach der Reihenfolge Landwirtschaft, Leichtindustrie und Schwerindustrie ein (vgl. O. Weggel, China auf der Welternährungskonferenz, in C.a. 1974, Dez., S.755-759).

Die Konferenz, die zunächst nicht über polemische Beiträge hinaus kam, verabschiedete schließlich mit der Mehrheit der 630 Vertreter aus 104 Ländern eine Deklaration, über die im September die Vollversammlung der Vereinten Nationen abstimmen wird. Die wichtigsten Forderungen dieser "Deklaration von Lima" lauten:

1. schnelle Beseitigung oder Reduzierung von Zollschränken und anderen Handelshindernissen;

2. finanzielle Unterstützung für internationale Organisationen und Regierungs- oder Kreditinstitutionen in Entwicklungsländern müssen frei von politischen Bedingungen sein;
3. Investitionen in Entwicklungsländern müssen nach den Gesetzen des Empfängerlandes durchgeführt werden;
4. Aktivitäten multinationaler Konzerne müssen sich nach den ökonomischen und sozialen Zielen des Entwicklungslandes richten (NCNA, 24.3.1975);
5. Ausgleichszahlungen an solche Länder, die in der Vergangenheit von Kolonialmächten "ausgenutzt und wirtschaftlich ausgebeutet wurden" (Die Zeit, 11.4.1975).

Der Vorschlag der Sowjetunion, die fünf im Sicherheitsrat vertretenen Staaten - also auch die VR China - sollten zehn Prozent der Militärausgaben als Entwicklungshilfe zur Verfügung stellen, wurde ebenso verworfen, wie die Warnung des amerikanischen Delegierten überhört wurde, die Staaten der Dritten Welt sollten von ihrer Konfrontationshaltung gegenüber den Großmächten abrücken.

## INNENPOLITIK

### (22) Interne Mao-Schriften über Empirismus prägen die Diktatur-Debatte

An den Platz der Anti-Lin - Anti-Konfuzius - Debatte ist deutlich eine neue Diskussion getreten. Die "pragmatischen" Ergebnisse des IV. Volkskongresses werden von der linken Shanghai-Fraktion nicht hingenommen. Allerdings bezeichnet das kräftemäßige Verhältnis die Tatsache, daß solches Aufbegehren erst zu verzeichnen war, nachdem bereits die Entscheidungen zugunsten der Vertreter des Neuen Kurses gefallen waren.

Die neue Debatte ist auf den Begriff der "Diktatur des Proletariats" ausgerichtet. Denn gegen die Rechten innerhalb der Partei könne nur eine solche Diktatur helfen. Das haben wir bereits ausgeführt (Helmut Martin, "Ideologische Differenzen nach dem Volkskongreß: Diktatur des Proletariats über 'neuaufgekommene bürgerliche Elemente' gefordert", C.a. März 1975, S.118-120; Fortführung der Analyse in diesem Heft: Oskar Weggel, "Die neue Kampagne 'zur Festigung der Diktatur des Proletariats'").

Zu dieser Diskussion um die Diktatur des Proletariats ist in den regionalen wie nationalen Medien eine sogenannte "Empirismus-Debatte" getreten, die sich ebenfalls an Mao-Worten ausrichtet. So warnt die Kuangsi-Tageszeitung vom 25.3. (SWB, 3.4.1975) vor den ernsthaften Gefahren des Empirismus, der subjektive von objektiven Ansichten künstlich trenne und Verstehen von der Praxis absondere. Es handele sich um ein Phänomen des Subjektivismus und die Zeichen der Unreinheit des Parteigeistes. Die Anhänger des Empirismus, so Radio Shanghai (SWB, 3.4.1975) seien eine große Gefahr, weil sie die Wichtigkeit des Studiums revolutionärer Theorie übersähen. Der Empirismus sei der Knecht des Revisionismus. Ein Artikel aus Yünnan (SWB, 3.4.75) weist ebenfalls darauf hin, daß die Kämpfe des Tages tiefgreifender seien als alle vorhergegangenen Kämpfe. Der Kampf zur Konsolidierung der Diktatur des Proletariats sei darauf gerichtet, sich dem Empirismus zu widersetzen, bürgerliche Rechte einzuengen und den Boden aufzureißen, der Revisionismus ausbrüte. Dies sei ein Kampf gegen die neuaufgekommenen bürgerlichen Elemente.

Der Hintergrund der Empirismus-Debatte wird deutlicher, wenn man das zentral verwendete Mao-Zitat "Heute ist aber die Hauptgefahr der Empirismus" unter die Lupe nimmt und in seinen ursprünglichen Textzusammenhang stellt. Der Text zirkulierte intern bereits seit der Kulturrevolution in China (Den genauen Wortlaut siehe Helmut Martin Hrsg., Mao intern, München 1974, S.150, Chinesisch in Wansui 1967, S.87). Alle regionalen Artikel verweisen auf den Leitartikel der Volkszeitung vom 21.3. mit dem Titel "Führungskader sollten die Führung übernehmen und gut studieren" (NCNA, englisch, 21.3.75). Dort wird dieses Zitat weiter erläutert: "Während des Kampfes 1959 gegen die P'eng Teh-huai-Anti-Partei-Clique" benutzte der Vorsitzende Mao diesen Ausspruch. Es handelt sich um ein Vorwort Maos vom 15. August 1959 zu der Studien-Broschüre Empirismus oder Marxismus-Leninismus. In dem Vorwort stellt Mao fest, man müsse jetzt kämpfen, um von drei Seiten her die gegen die Partei gerichtete antimarxistische Gedankenströmung zu besiegen, von der Ideologie her, von der Politik her und von der Ökonomie her. Dieses Vorwort reiht sich in eine Gruppe von Dokumenten ein, die gegen die Gegner der Volkskommune gerichtet waren. Verteidigungsminister P'eng hatte bekanntlich seinen Protest gegen die zu große Geschwindigkeit der Sprung-Politik mit der Entlassung aus dem Amt bezahlen müssen. In diesem Zusammenhang runden sich die heutigen Absichten der linken Fraktion, die die gegenwärtige Debatte entfesselt haben. Vor allem federführend sind Politbüromitglied Yao Wen-yüan mit einem Artikel in der Roten Fahne vom März sowie Chang Ch'un-ch'iao, der Stellvertretende Ministerpräsident, mit einem weiteren Grundsatzartikel in der April-Nummer der gleichen Zeitschrift. Damit hat der ideologische Kampf gegen die Rechten, nämlich heute gegen das Bündnis der Pragmatiker um Teng Hsiao-p'ing und Chou En-lai mit führenden Militärs, an Schärfe gewonnen. Dazu einige weitere Zitate: "Es gibt einige wenige Genossen, die fälschlicherweise glauben, daß sie ihre Arbeit gut verstehen könnten, ohne Theorie zu studieren, da sie ein gewisses Ausmaß an praktischen Erfahrungen besitzen" (JMJP, 28.3.; SWB, 3.4.75); "Diejenigen, die Studium als etwas Nichtiges in Worten ansehen, es als zweitrangig in ihren Taten behandeln und in Zeiten großer Beschäftigung zur Seite wischen, ... müssen mit Nachdruck ihre Haltung ändern" (Leitartikel JMJP 29.3.75).

Ein Nebenprodukt dieser Debatte ist die Bestätigung der Echtheit von gleich drei internen Mao-Schriften, die im Ausland bekannt geworden sind und hier von Peking in Ausschnitten offiziell zitiert werden.

Erstens: das erwähnte Vorwort über Empirismus.

Zweitens: wird in dem erwähnten Leitartikel der Volkszeitung vom 21.3.75 im Zusammenhang mit dem Einsatz für Studium und gegen Empirismus Mao zitiert: "Der Vorsitzende Mao sagte: Auf der Lushan-Konferenz habe er darüber gesprochen, daß man die Bücher des Marxismus-Leninismus studieren müsse. Ich hoffe, daß ihr in Zukunft etwas mehr Bücher lest" (vgl. Mao intern, S.201). Hier handelt es sich um den "Abriß von Reden des Vorsitzenden Mao auf einer Inspektionsreise vor verantwortlichen Genossen aller Regionen auf seiner Route, die Mitte August bis 12. September 1971 stattfand und den Sturz Lin Piaos vorbereitete. Die Zusammenstellung von Bemerkungen Maos wurde am 17.3.1972 vom ZK der KPCh herausgegeben.

Drittens: ist in dem Artikel von Chang Ch'un-ch'iao in der Aprilnummer der Roten Fahne ein längeres Mao-Zitat vom 28.4.1969